

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

243 (19.10.1927) Beilage des Volksfreund

Karlsruher Bürgerausschuß

Erhöhung der Straßenbahntarife, Ablehnung des sozialdem. Antrags auf Bewilligung einer Vergünstigung für minderbemittelte Berufsfahrer, Einführung des 2 Teilstreckenbusses, Beibehaltung der halben Fahrzeihefte für Kinder, die bürgerliche Mehrheit für die abgeänderte städtische Vorlage. — Elektrifizierung der Karlsruher Lokalbahn. — Wohnungsbau 1927. — Gewährung eines Darlehens für den Bau eines Kindererholungsplatzes in Donaueschingen. — Vorschläge zur Beibehaltung der halben Fahrzeihefte...

Karlsruhe, 18. Oktober 1927.

In unserem Stadtparlament gab es heute einen „großen Tag“, wozu nicht nur die 11 Punkte umfassende Tagesordnung betrug, sondern auch die Wichtigkeit verschiedener Vorlagen. Und das ist zuerst diejenige über die Straßenbahntarife, denn der bereits im Druck der Stadtmaterien vorliegende Bescheid über die Erhöhung der Straßenbahntarife ist eine mühselige Erklärung nachdruck zu verleihen, um die oppositionellen Parteien zu beruhigen. Keine Minute brachte er zwar nicht vor, jedoch die Bemühungen ohne positiven Erfolg waren. Die städtische Vorlage fand bei keiner Partei Gegenliebe und jede Partei des Hauses wartete mit Änderungsanträgen auf, die neun solcher Anträge vorliegen. Die Anträge der sozialdemokratischen Partei, über die unsere Leser im Sitzungsprotokoll Näheres finden, zielten darauf hinaus, das bisherige Tarifsystem, wie es die städtische Vorlage vorsah, zu treffen. Diese Forderung fand es vor allem als ungerecht, daß der Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte, die alle die Straßenbahn benutzen müssen, um zur Arbeitsstelle zu gelangen, genau die gleiche Erhöhung bezahlen müssen wie der Fahrgast mit dem eigenen Geldbeutel. Sie verlangte deshalb für alle Berufsfahrer, die unter 250 M. Monatslohn haben, einen Ermäßigungsstarif. Des weiteren forderte sie — auch von anderen Parteien gingen solche Anträge ein —, daß wieder Teilstreckenbuse eingeführt und die halben Fahrzeihefte beibehalten werden, außerdem die Einführung der halben Fahrzeihefte für Kinder zu 40 Pfg. Unsere Partei lehnte sich also wieder als die Sachwalterin der Minderbemittelten und wenn die kommunizistische Arbeiterzeitung sich unter Bezugnahme auf die Straßenbahntarifserhöhung von einer Doppeltungelheit der Sozialdem. Politik jenseits, welches sie wieder, daß das Verleumden der Sozialdemokratie zu ihrer Hauptaufgabe gehört. Die Anträge der Parteien und die Debatte veranlaßten jedoch den Oberbürgermeister, die städtische Vorlage in verschiedenen Punkten zu ändern und den Stadtrat zu einer kurzen Beratung zusammenzurufen. Ergebnis: Einführung der 2 Teilstreckenbuse, Erhöhung des Preises für 5 Teilstrecken von 1,50 M. auf 2 M., wie es die Deutschnationale beantragt hatten, sowie die Fahrzeihefte auch für Kinder. Die Sozialdemokratie lehnte die Erhöhung für die 5 Teilstrecken von 1,50 M. auf 2 M. ab. Und das für die Berufsfahrer keine Vergünstigung gewährt wurde, so war dies alles Grund genug, auch abgeänderte städtische Vorlage abzulehnen. Bei der Debatte tat sich Herr Bauer von der Deutschen Volkspartei hervor, der als Sozialist hervortrat und meinte, der Antrag der Sozialdemokratie bezüglich der Vergünstigung für minderbemittelte Berufsfahrer entspräche einem Agitationsversuch. Daß ein derartiger Gedanke bei Herrn Bauer so leicht, ist ja nicht zu verwundern, denn er hat bei jener Gelegenheit Unterjochung gefunden, die im Fabrikieren von Agitationsartikeln konzentriert war. Wenn nun vom 20. Oktober ab die Straßenbahnfahrer, insbesondere die Berufsfahrer für ein 5 Teilstreckenbust 30 Pfg. mehr bezahlen müssen, so trifft daran nicht die Sozialdemokratie die Schuld, sondern die bürgerlichen Parteien des Hauses mit Ausnahme des Links des Zentrums.

Die Vorlagen betreffend Vorschläge auf die Erhöhung des Straßenaufwandes und Vorschläge auf die Gehälter für Beamte und Angestellte riefen eine keine Besondere Begeisterung hervor, wobei Herr Bauer von der Deutschen Volkspartei sich rühmte, daß die letzte Regelung in der Besonderefrage eine bürgerliche Regierung vollbringt habe. Herr Bauer sprach sich für den Antrag aus, daß die Gehälter der Beamten und Angestellten nicht erhöht werden sollen. Die anderen Punkte wurden ohne Debatte bzw. nach kurzer Aussprache abgelehnt. Im allgemeinen plätscherte das Redebühnen während der fünfzigsten Sitzung mehr, wie es schließlich notwendig gewesen wäre.

Der Oberbürgermeister Dr. Winter eröffnet um 3.15 Uhr die Sitzung. Am Ende sind 79 Vertreter. Vor Eintritt in die Tagesordnung will Stadtdirektor W. Schöner (D.D.) einen Brief von Bürgermeister Sauer an die A.D.D.-Fraktion vorlesen, was der Vorsitzende, da dies geschäftsordnungswidrig ist, nicht zuläßt. Auch die Donnerworte des Stadtrats Bauer blieben ohne Wirkung, jedoch die ganze weltrevolutionäre Aktion verpuffte. Als erster Punkt kommt die Vorlage über die Förderung der Beförderungsbedingungen der städtischen Straßenbahn.

Der Vorsitzende gibt eine Reihe von Änderungsanträgen bekannt. U. a. beantragt der Stadtdirektor, daß die alten Teilstreckenbuse zu 85 Pfg. abgegeben werden sollen. Den entsprechenden Antrag stellte die Sozialdem. Partei. Er befragt die Fraktion.

Stadtdirektor W. Schöner (D.D.) hält als Ursache der Erhöhung die falsche Boranschlagspolitik, durch die Ausgaben für Straßenbahn herrühren, welche nicht durch die Straßenbahn zurückzubekommen werden. Er vertritt die Behauptung durch einzelne Beispiele zu beweisen. Vom Oberbürgermeister wird ihm widerprochen. Redner begründet die Anträge seiner Partei und wiederholt sich dabei besonders gegen die Auffassung, daß eine Vergünstigung für minderbemittelte technisch möglich sei. Er tritt dafür ein, daß die Fahrer nach 12 Uhr nachts keine Vergünstigungen mehr erhalten.

Den sozialdemokratischen Standpunkt vertritt Stadtdirektor W. Schöner (D.D.). Aus der raschen Auseinandersetzung der Tarifserhöhungen kann nicht geschlossen werden, daß der Bürgerausschuß seine Pflicht nicht erfüllt hätte. Schuld daran ist, daß man eben von der Bevölkerung nicht mehr verlangen wollte als absolut notwendig war. Sowohl bei der Erhöhung am 1. Juli als auch am 16. August hat sich meine Fraktion bei der Mitwirkung zu den Erhöhungen stets von dem Gesichtspunkt leiten lassen, nur die allernotwendigste Erhöhung vorzunehmen unter weitestgehender Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage der minderbemittelten Schichten unserer Stadt. Aber auch bei der Mitwirkung zu dieser Erhöhung werden wir uns von zwei Grundgedanken leiten lassen: 1. Die Straßenbahn als kommunalbetrieb zu erhalten und so auf eigene Füße zu stellen, daß sie nicht zum Zuschußbetrieb wird. 2. Die Erhöhung unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der zwangsmäßig zu benutzenden schlechtgestellten Arbeiter, Angestellten und Beamtentante vorzunehmen. Ich gebe zu, daß es bei der Zusammenfassung unserer Bevölkerung in Karlsruhe außerordentlich schwierig ist, beiden Grundgedanken gerecht zu werden. In Städten wie Nürnberg a. B., wo der Arbeiterwohnen ein gut situiertes Bürgertum gegenübersteht, lassen sich eher Arbeiterwohnen zu billigen Preisen einführen, weil der Ausfall, der für die Stadtkasse hieraus entfällt, durch höhere Fahrpreise der Bestehenden getragen werden kann, ohne daß Abwanderungen zu befürchten sind. In Karlsruhe sind solche Versuche gewagt, weil das gut situierte Bürgertum mit dem hohen Einkommen nicht so zahlreich ist. Man kann sich aber auch bei Berücksichtigung all dieser Verhältnisse in Karlsruhe der Tatsache nicht verschließen, daß für den

erfüllt hätte. Schuld daran ist, daß man eben von der Bevölkerung nicht mehr verlangen wollte als absolut notwendig war. Sowohl bei der Erhöhung am 1. Juli als auch am 16. August hat sich meine Fraktion bei der Mitwirkung zu den Erhöhungen stets von dem Gesichtspunkt leiten lassen, nur die allernotwendigste Erhöhung vorzunehmen unter weitestgehender Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage der minderbemittelten Schichten unserer Stadt. Aber auch bei der Mitwirkung zu dieser Erhöhung werden wir uns von zwei Grundgedanken leiten lassen: 1. Die Straßenbahn als kommunalbetrieb zu erhalten und so auf eigene Füße zu stellen, daß sie nicht zum Zuschußbetrieb wird. 2. Die Erhöhung unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der zwangsmäßig zu benutzenden schlechtgestellten Arbeiter, Angestellten und Beamtentante vorzunehmen. Ich gebe zu, daß es bei der Zusammenfassung unserer Bevölkerung in Karlsruhe außerordentlich schwierig ist, beiden Grundgedanken gerecht zu werden. In Städten wie Nürnberg a. B., wo der Arbeiterwohnen ein gut situiertes Bürgertum gegenübersteht, lassen sich eher Arbeiterwohnen zu billigen Preisen einführen, weil der Ausfall, der für die Stadtkasse hieraus entfällt, durch höhere Fahrpreise der Bestehenden getragen werden kann, ohne daß Abwanderungen zu befürchten sind. In Karlsruhe sind solche Versuche gewagt, weil das gut situierte Bürgertum mit dem hohen Einkommen nicht so zahlreich ist. Man kann sich aber auch bei Berücksichtigung all dieser Verhältnisse in Karlsruhe der Tatsache nicht verschließen, daß für den

berufsfahrer, der über ein geringes Einkommen verfügt, die geplante Erhöhung auf 1,70 M. nicht tragbar ist. Es ist vor allem nicht gerechtfertigt, ihn als zahlenden Fahrgast gleichzustellen mit ausgetretenen Berufsfahrern, die nur gelegentlich die Straßenbahn mit ihren Angehörigen benutzen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus kommt unser Antrag auf Einstellung der 5 Teilstreckenbuse nach Berufsfahrer mit geringem Einkommen und ionischen Fahrern. Der Ausfall, der durch diese Einstellung für die Straßenbahnkasse entfällt, wird zweifelloß durch bessere Frequenz wieder eingebracht. Ganz

unhaltbar ist aber die Aufhebung der bisherigen halben Fahrzeihefte, wenn wir auch die Begründung würdigen, wonach die Nichtbeibehaltung hierdurch wieder zu den Vorkarften „befreit“ werden sollen. Sozial steht jedoch fest, daß bei Abschaffung der halben Fahrzeihefte eine unerträgliche Abwanderung eintreten würde, weil viele schlechtgestellten Berufsfahrer und auch Gelegenheitsfahrer die einmalige Ausgabe von 1,50 M. bzw. 1,70 M. scheuen würden und lieber einen langen Weg unter die Füße nehmen würden. Unser Antrag geht sogar so weit, die

halben Fahrzeihefte auch auf die Kinderfahrzeihefte auszudehnen, um den Übergang vom 5 Pfennig zum 8 Pfennig bzw. 10 Pfg.-Tarif nicht allzu groß wirken zu lassen. Es muß anerkannt werden, daß Karlsruhe als einzige Stadt in Deutschland weitgehend die Kinderfahrzeihefte niedrig gehalten hat. Die guten sozialen Gedanken, die in einer solchen Rücksichtnahme stecken, sollten auch in der Zukunft befolgt werden. Solche Ausgaben für Straßenbahn spielen gerade in einer kinderreichen Familie eine große Rolle. Für die Arbeiterfrau, die ihr Kind wegschickt, um dem Vater das Essen auf die Arbeitsstätte zu bringen, fällt es sehr ins Gewicht, ob sie hierfür statt 10 Pfg. täglich nunmehr 20 Pfg. ausgeben muß; ebenso für die Eltern, die Sonntags mit ihren Kindern nach Durlach oder an den Rhein oder ins Umland in die Umgebung von Karlsruhe wollen. Wenn sie eben in ihre Sonntagserrechnung bei 3 Kindern statt 30 Pfg. 60 Pfg. einrechnen müssen, dann besteht die starke Möglichkeit, daß sie die notwendige „Luftveränderung“ ganz unterlassen oder überhaupt die Straßenbahn meiden. Wir stimmen daher der Kindererhöhung nur zu, wenn die halben Fahrzeihefte zu 40 Pfg. eingeführt werden. Meine Fraktion wird auch weiterhin bestrebt sein, mitzubekommen, daß der

Erweiterung des Straßenbahnnetzes das größte Augenmerk geschenkt wird. Die Zeichen deuten auf eine Befreiung der Stadt von den Fesseln der sie einschränkenden Eisenbahnanlagen, sobald dann dem großzügigen Ausbau unseres Straßenbahnnetzes nichts mehr im Wege steht. Hiltheim, Altpfarr und Daxlanden verlangen mit Recht ihre unmittelbare Verbindung mit der Stadt. Die Wehrhaderbewohner erklären sich ebenfalls an Einwohnern der Stadt Karlsruhe und verdienen Berücksichtigung durch einseitige Einrichtung von Autobussen.

Es kommt nach ein Weiteres hinzu: Die Pläne über das Kaptenwärtersprojekt sind längst über das Stadium der Diskussion hinausgekommen. Da hilft keine Zurückhaltung mehr. Die Stadtdirektion muß ebenso großzügig mit der Erweiterung des Straßenbahnnetzes sein. Aber auch im Innern der Stadt bedarf es noch mancher Ergänzungen. Auf die Dauer ist es unhaltbar, daß in einer Großstadt das Landestheater 200 Meter abseits von der Straßenbahnlinie liegt. Für Leute, die sich ein Auto leisten können, ist dieser Zustand erträglich, anders aber für solche, die bei schlechtem Wetter auf die elektrische Anweisung sind. Ich denke vor allem an ältere Leute.

Fahrerpreisoberhöhung der Straßenbahn und Ausbau des Netzes muß man in einem Atemzug behandeln, wenn die Bevölkerung richtig verstehen will, um was es sich handelt. Man muß, wenn man großzügige Verkehrspolitik treiben will, wenn man die Vorteile wirklich der Stadt näher bringen will, auch unrentable Linien vorübergehend betreiben und eventuell Autobusse einrichten. Der Ausgleich muß eben bei den besser frequentierten Linien gesucht werden.

Stadtrat Hermann (Aufw.) spricht zugunsten der Wiedereinführung der 2 Teilstrecken usw. Er polemisiert gegen die bürgerliche Vereinnahmung, die für 5 Teilstrecken mehr verlangen, als der Stadtrat.

Die Abfassung der halben Fahrzeihefte wird abgelehnt, ebenso die bisher bestandenen Einheitsfahrzeihefte, wie sie die Stadtdirektion weiterhin vorzieht.

Der Stadtrat zieht sich zur Beratung zurück. Nachdem er wieder erschienen, gibt der Vorsitzende den Beschluß bekannt, daß die 2 Teilstreckenbuse wieder einwärts werden und zwar zu einem Preise von 1,50 M., die Fahrzeihefte für über 3 Teilstrecken sollen 1,80 M. kosten, halbe Fahrzeihefte in beiden Fällen die Hälfte. Die Wiedereinführung der 2 Teilstreckenbuse zu 1,50 M. wird einstimmig angenommen, der Preis von 1,80 M. für über 3 Teilstrecken wird mit 46 gegen 41 Stimmen (Sozialdemokratie, A.D.D. und ein Teil des Zentrums) angenommen. Die halben Fahrzeihefte für Kinderfahrzeihefte zum Preise von 40 Pfg. erfahren einstimmige Annahme, die Erhöhung des Preises für Monats-, Verkehrs- und Zwifarten werden mit Mehrheit genehmigt. Die beiden Vorlagen

Zahlung von Vorschüssen auf die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, sowie Gewährung von Gehaltszuschüssen an die Beamten und Angestellten werden miteinander behandelt. Auch hierzu hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag zugunsten der unteren Gruppen

Stadtdirektor W. Schöner (D.D.) wendet sich gegen Veröffentlichung von Beschlüssen aus der Straßenbahnkommission in einer hiesigen Zeitung, er verlangt Einigkeit gegen derartige Dinge, die nur auf einen Vertrauensbruch zurückzuführen seien. Gerne würde eine Fraktion für eine Veröffentlichung wirtschaftlich Schwächere einreten, wenn auf der anderen Seite dieser Ausfall wieder eingebracht werde. Die Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn müsse überprüft werden.

Stadtdirektor W. Schöner (D.D.) hält als Ursache der Erhöhung die falsche Boranschlagspolitik, durch die Ausgaben für Straßenbahn herrühren, welche nicht durch die Straßenbahn zurückzubekommen werden. Er vertritt die Behauptung durch einzelne Beispiele zu beweisen. Vom Oberbürgermeister wird ihm widerprochen. Redner begründet die Anträge seiner Partei und wiederholt sich dabei besonders gegen die Auffassung, daß eine Vergünstigung für minderbemittelte technisch möglich sei. Er tritt dafür ein, daß die Fahrer nach 12 Uhr nachts keine Vergünstigungen mehr erhalten.

